

# Stellungnahme zum Gesetzes-/Verordnungsentwurf

Gesetzes-/Verordnungsentwurf:	<i>Zweites Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes</i>
Institution/Verband/Körperschaft:	<i>Denkmalverein Hamburg e.V.</i>
Datum der Stellungnahme:	24.3.2023
Sonstiges	

## Stellungnahme

### 1 Appell

Der Denkmalverein plädiert dafür, das Klimaschutzgesetz um den Aspekt der „Grauen Energie“ zu erweitern, die in Bauwerken gespeichert ist. Um den Bausektor klimafreundlich zu gestalten, sollten Umbau und Modernisierung bestehender Gebäude prinzipiellen Vorrang vor Abriss, Neubau und Erweiterung erhalten.

### 2 Erläuterung

Der Bausektor nimmt eine Schlüsselrolle beim Klima- und Ressourcenschutz ein: Rund 40 Prozent des bundesweiten Energieverbrauchs und über die Hälfte des bundesweiten Mülls stammen aus dem Baubereich, und rund acht Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes werden allein durch die Herstellung von Zement verursacht. Trotzdem lassen die Klimaschutz-Maßnahmen im Bausektor noch gewaltige Potentiale des Gebäudebestandes ungenutzt, denn sie beschränken sich einseitig auf den Betrieb von Gebäuden, also die Energie, die für Heizung, Strom und Warmwasser anfällt. In der Folge z.B. besserer Dämmkonzepte benötigen heutige Gebäude deutlich weniger Heizenergie als noch vor einigen Jahrzehnten. Damit rückt der Gesamtenergiebedarf in den Vordergrund, den zum großen Teil die sogenannte „Graue Energie“ ausmacht.

Als Graue Energie wird die Energiemenge bezeichnet, die für die Herstellung und Errichtung (Produktion, Transport und Einbau von Baumaterial) und den Abriss (Rückbau und Entsorgung) von Bauwerken anfällt und damit im Baubestand gespeichert ist. Stahl, Zement oder Ziegel brauchen zum Beispiel für ihre Herstellung hohe Temperaturen und damit viel Energie. Aktuelle Berechnungen zeigten, dass die Graue Energie oft vergleichbar ist mit dem Heizenergiebedarf für mehrere Jahrzehnte Nutzung.

Es ist daher höchste Zeit, die Gesamtenergiebilanz systematisch in Klimaschutzkonzepte zu integrieren und gesetzlich zu verankern. Der Erhalt von Gebäuden sollte damit zur Regel und der Abriss und Neubau zur Ausnahme werden.

In der Anlage überreichen wir einen Zeitungsartikel zu dem Thema, der die Hintergründe weiter erläutert.

### **3 Handlungsempfehlungen**

Die Berücksichtigung des Faktors „Graue Energie“ ist im Gesetzesentwurf nicht ausreichend geschehen. Es sollte auch geprüft werden, ob die HBauO entsprechend angepasst werden könnte.

Für das Klimaschutzgesetz schlagen wir zudem folgende Änderungen / Ergänzungen vor:

- In § 2 Abs. 3 ist eine neue Ziffer 4 einzufügen:  
*„eine Sanierung des Gebäudebestands inklusive seiner baulichen Weiterentwicklung Vorrang vor Abriss und Neubau hat.“*
- In § 20 ist ein neuer Absatz 2 einzufügen:  
*„Vor einem Neubau ist zu prüfen, ob durch eine Umnutzung des vorhandenen Gebäudebestandes inklusive seiner Erweiterung oder auch nur teilweisen Weiternutzung, der Neubau ersetzt werden kann. Der Sanierung und Umbau des vorhandenen Gebäudebestandes ist der Vorrang vor einem Abriss und Neubau einzuräumen.“*
- § 22 Abs. 1: In dem Entwurf ist die Betragsgrenze zu streichen. Die Stadt soll eine Vorbildfunktion innehaben. Diese beginnt bereits bei den in § 22 genannten Maßnahmen. Unterhalb der angegebenen Bauwerkskosten sind die in Ziffer 1.-6. genannten Punkte ebenfalls einzuhalten. Die Stadt sollte angesichts der Anforderungen für private Eigentümer insgesamt Vorbild sein und dies nicht nur für teurere Bauvorhaben berücksichtigen. Hilfsweise sollte die Höhe der Bauwerkskosten jedenfalls gesenkt werden.
- § 22 Abs. 1 Nr. 6 ist um einen Satz 2 zu ergänzen:  
*„Hierbei ist eine CO<sub>2</sub>-Bilanz zu erstellen, die die in den Gebäuden gespeicherte sogenannte graue Energie berücksichtigt.“*
- § 22 Abs. 4 ist um einen Satz zu ergänzen:  
*„Hierbei wird sie dafür Sorge tragen, dass dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Gebäudebestands der Vorrang vor einem Abriss und Neubau eingeräumt wird.“*



Früher waren sie wegen der Gebäudedämmung oft über Kreuz, heute ziehen sie an einem Strang: Kristina Sassenscheidt (Denkmalverein) und Manfred Braasch (BUND).

FOTO: CHRISTIAN SCHUMACHER

PLATT LESEN UND HÖREN



Abschied ist ein scharfes Schwert

GERD SPIEKERMANN

Jo, Jo, ick weet, wenn een Mannslüd von ehr Auto snacken höört, denn fallt een licht so Wöör in as „nich von disse Welt“, „plem-plem“ oder „he will blots spelen“. Un ick weet ook, dat veel Keerls di twors seggen köönt, woveel KW ehr Sleden hett, woveel Sprit de in de Stadt bruken deit un woveel up de Autobahn, man wenn se di seggen schöölt, wecke Schohgrödde ehr Froons hefft, denn hett dor een Uul seten: Kien Ohnung. Socke Keerls sünd megeganant, geev ick to. Man wenn du no knapp teihn Johr de Nummernschiller von dien ... von dien beste Kamrodin afschruven musst, denn geiht mi dat an't Hart.

Disse Kamrodin, de is mi över 150.000 Kilometer so tro bleven is, de is mit mi dör Holland, Belgien un Frankriek foht, ohn to stuken, de hett mi sogar in Italien över de Bruch bi Genua bröcht – veerteihn Doog vör de toso-menbroken is – de is ook mit mi ohn to mucken retour över de Alpen tuckert, de hett nich enmol een Platten hadd un de is jümmers ansprungen, ook bi Snee un Ies.

Un nu, up eenmol, is dat Getriebe hen. Dat Getriebe! As mi de Werkstattmeister dat vertellt hett, harr ick meist Tronen in de Ogen, jo, Tronen ... denn dor stund ja al mien niege Auto, mien niege Kamrodin. 88 KW, 7,5 Liter op de Autobahn, een ganz lütt beten mehr in de Stadt. Een Smuckstück, segg ick jo. Kann ick mi nich an sattsehn.

De ole Koor ward ja hüt nomiddag noch afhoolt. Schrottpresse. Is ook beter so. Parkplätze sünd ja knapp bi us in de Stroot.

**Im Radio:** Diesen Beitrag können Sie heute um 13.20 Uhr auf NDR 90,3 hören  
**Im Internet:** Alle Kolumnen zum Lesen [www.abendblatt.de/platt](http://www.abendblatt.de/platt) und Anhören auf [www.abendblatt.de/platt903](http://www.abendblatt.de/platt903)

# Wie Gebäudeabriss das Klima ruinieren

Denkmalverein und BUND üben Schulterchluss und fordern verbindliche Energiebilanzen. Bauen verursacht 40 Prozent aller Treibhausgase

FRIEDERIKE ULRICH

HAMBURG :: Der Denkmalverein und der Bund für Umwelt und Naturschutz (Bund) wollen sich künftig in Hamburg gemeinsam für mehr Augenmaß in der Bauwirtschaft einsetzen. Es soll vor jedem Abriss und Neubau eines Gebäudes geprüft werden, ob das ökologisch sinnvoll und vertretbar ist. „Dieser Schulterchluss ist dringend notwendig: Aktuell wird in Hamburg so viel abgerissen und neu gebaut, dass es zu einem ökologischen Problem wird: Die Müllberge wachsen, und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steigt“, sagt Manfred Braasch vom BUND. Und Kristina Sassenscheidt, Vorsitzende des Denkmalvereins, ergänzt: „Es muss einen Paradigmenwechsel geben. Gebäude dürfen nicht länger Wegwerfprodukte sein.“

Tatsächlich stammen nach Angaben des Umweltbundesamtes mittlerweile 53 Prozent des Mülls und 40 Prozent des Energieverbrauchs und der Treibhausgase in Deutschland aus dem Baubereich. „Acht Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes werden allein durch die Herstellung von Zement verursacht“, weiß Umweltschützer Braasch. Dazu käme die Energie für die Produktion anderer Baumaterialien sowie den Abriss. „Heutzutage wird nur die Betriebsenergie betrachtet – also das, was für Heizung, Strom und Warmwasser anfällt. Die Erstellungsenergie wird nicht berücksichtigt. Dabei entspricht sie dem, was in 50 Jahren an Betriebsenergie verbraucht wird.“

Eine reale CO<sub>2</sub>-Einsparung sei nur dann möglich, wenn das Gebäude stehen bleibe und saniert werde, sagt

Denkmalschützerin Sassenscheidt. „Altbauten weiter zu nutzen, ist nicht nur ökologisch sinnvoll und architektonisch spannend, sondern oft auch günstiger als Abriss und Neubau.“ Aber sie habe bei diesem Vorstoß nicht nur geschützte Denkmäler, sondern den Gebäudebestand insgesamt und damit auch die Stadtentwicklung im Fokus. „Vom Abriss bedroht sind die vielen Gründerzeithäuser, die nicht unter Denkmalschutz stehen und nur zwei oder drei Geschosse hoch sind, sodass sich ein höherer Neubau lohnt. Besonders ge-

Gebäude dürfen nicht länger Wegwerfprodukte sein

Kristina Sassenscheidt, Vorsitzende des Denkmalvereins

fährdet sind Gebäude aus der Nachkriegszeit, die oft als unzeitgemäß und wertlos betrachtet werden.“ Ökologisch sinnvoller sei es in der Regel, sie mit einfachen Mitteln nachzurüsten. Dabei bringe eine Wärmedämmung jedoch maximal 20 bis 25 Prozent Ersparnis – und weise wegen des hohen Energieverbrauchs bei der Erzeugung des Dämmmaterials oft sogar eine Negativbilanz auf. Je nach Objekt und nach Lage könne eine „Nachqualifizierung“ von Fenstern, Heizsystem, Keller und Dach viel effizienter sein.

Besonders wichtig sei aber eine Betrachtung der Büro- und Kontrahäuser.

Auch diese würden zu leichtfertig und ohne triftigen Grund abgerissen. Das 1981 errichtete Euler-Hermes-Haus in Altona beispielsweise gelte als „zu teuer“ und soll einem Wohnquartier weichen. Doch gerade in mächtigen Gebäuden wie dem City-Hof, dem Veddelener Warmwasserblock, dem Deutschlandhaus oder dem Allianz-Hochhaus stecke eine enorme Menge an sogenannter grauer Energie. „Diese umfasst nicht nur die Erstellungs-, sondern auch die Abriss- und Entsorgungsenergie“, sagt Manfred Braasch. „Anders als Heizkosten, die der Nutzer eines Gebäudes einkauft und daher als Geldwert vor Augen hat, steckt die graue Energie unsichtbar in den Gebäudeteilen.“

Wenn die Menschen das Klima schützen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß wirklich deutlich reduzieren wollten, müssten sie umdenken. „Wir fordern, dass vor jeder Abrissgenehmigung eine Analyse des Gebäudes erstellt wird, die dessen graue Energie und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß für Abriss und Neubau berücksichtigt. So, wie es beispielsweise in der Schweiz schon Standard ist.“

Die Stadt könne und müsse das politisch unterstützen, indem sie eine solche Analyse als Standard bei Abrissanträgen verlange und diese Logik auch in ihre Fördersysteme integriere. „Beim Erreichen seiner Klimaziele hinkt Hamburg arg hinterher“, so Braasch. „Bis 2030 will die Stadt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 50 Prozent reduzieren. 2016 hätten wir demnach nur 14 Millionen Tonnen produzieren dürfen, tatsächlich waren es aber 17 Millionen.“

Der Umweltschützer und die Denkmalschützerin verstehen ihre Forde-

runge nicht als generelles Plädoyer gegen Neubau. „Wir wollen die Planung nicht zusätzlich belasten – es ist aber angesichts des Klimawandels unverzichtbar, dass beim Bauen die tatsächliche Ökobilanz betrachtet wird.“ Aktuell könne die Stadt das beim City-Hof in Auftrag

geben, wo eine Verfahrensumstellung eine Zwangspause für die Planungen bedeutet (wir berichteten). „Es wäre eine tolle Chance für die Stadt, zu zeigen, dass sie das Thema Klimaschutz ernst nimmt – auch, wenn es Mut und etwas mehr Aufwand bedeutet.“

# Wandsbeker wollen den Schlagermove

Bezirk Mitte kündigt an, derlei Veranstaltungen nicht mehr zuzulassen

WANDSBEK :: Hamburg muss sich unter Umständen schon sehr kurzfristig überlegen, wie es seine Großveranstaltungen entzerren und auf andere Bezirke verteilen kann. Das könnte den Hamburg Marathon, die Harley Days und vor allem auch den Schlagermove treffen. Großveranstaltungen zulasten der Wohnbevölkerung werden wir „in Zukunft nicht mehr zulassen“, sagte der Leiter des Bezirksamtes Mitte, Falko Droßmann (SPD), auf dem Neujahrsempfang des Hamburger Abendblattes. „Es gibt sehr viele Hamburger, die diese Großveranstaltungen wollen. Aber es gibt auch viele Menschen, die in der Innenstadt leben“, sagte Droßmann. Auch andere Bezirke seien schön. Die Wandsbeker Interessenge-

meinschaft der Geschäftsleute nahm den Ball dankend auf: „Wir würden gern den Schlagermove, die Harley Days oder Sportveranstaltungen wie



Schlagermove auf St. Pauli – das will der Bezirk Mitte ändern. FOTO: HERNANDEZ

den Marathon übernehmen“, sagte Holger Gnekow, Vorsitzender von „City Wandsbek e.V.“ Der Wandsbeker Markt könne Start-, Ziel- oder Wendepunkt sein, und es wäre zweifellos möglich, „ein Programm rund um so ein Event zu stricken“. Wandsbek als größter Hamburger Bezirk mit dem zweitgrößten Einzelhandelszentrum in der Stadt sei ohnehin „zu wenig eingebunden“ in die Infrastruktur der Großveranstaltungen.

Letztlich sei es aber Sache der Veranstalter, entsprechende Anträge bei den Ämtern zu stellen und die Bedingungen auszuhandeln. „Aber natürlich würde das Wandsbek als Einzelhandelsstandort interessant halten“, sagte Gnekow. (axö)

**FRÜHER: TYP-2-DIABETES  
HEUTE: TYP-FROHNATUR**



Lesen Sie, warum es funktioniert!





**MIT ALMASED KÖNNEN TYP-2-DIABETIKER EINFACH UND NATÜRLICH IHR GEWICHT REDUZIEREN.**

Studien zeigen: Der einzigartige Mix aus hochwertigen Proteinen und niedrigem glykämischen Index hilft Blutzucker- und Insulin-Haushalt rasch zu normalisieren: Nach nur einem Tag mit drei Mahlzeiten Almased können Sie es selbst messen!

Lassen Sie sich jetzt beraten. In Ihrer Apotheke.

**✓ sofort bessere Werte    ✓ weniger Pfunde**

\*Zur Einleitung einer Gewichtsabnahme